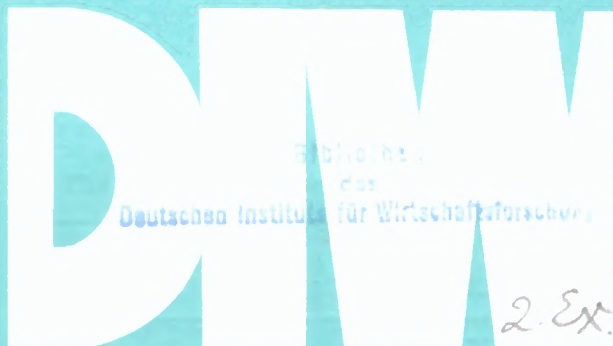




DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 12/79

Berlin

22. März 1979

46. Jahrgang

Gesamtwirtschaftliche Steuerquote abermals rückläufig

Schon im vergangenen Jahr hat sich die konjunkturelle Belebung spürbar im Steueraufkommen niedergeschlagen: Trotz der Entlastungswirkungen der beiden Steuerpakete aus dem Jahre 1977 in Höhe von 10 Mrd. DM erhöhten sich die Steuereingänge im vergangenen Jahr um 6,5 vH. Gemessen an den Haushaltsansätzen beliefen sich die Steuermehreinnahmen auf 7,5 Mrd. DM.

Auch 1979 wird sich die konjunkturelle Belebung fortsetzen. Sie wird gestützt durch die steuerpolitischen Beschlüsse vom Herbst 1978, die ihren Schwerpunkt bei Einnahmeverzichten haben. Die Steuerrechtsänderungen dürften nochmals zu Ausfällen in der Größenordnung von 8 Mrd. DM führen. Entlastungen geringeren Ausmaßes werden ferner in den Jahren 1980 und 1981 wirksam.

Die Haushaltsplanungen von Bund, Ländern und Gemeinden für das Jahr 1978 hatten sich an der Steuerprognose des „Arbeitskreises Steuerschätzungen“ vom Dezember 1977 orientiert. Damals wurden 311 Mrd. DM Steuereinnahmen erwartet. Bald aber zeigte sich, daß die Entwicklung der Kasseneinnahmen günstiger verlief; insbesondere bei den Veranlagungssteuern kam es zu unerwarteten Mehreinnahmen. Insgesamt betrug das Aufkommen schließlich 319 Mrd. DM und lag damit um 6,5 vH — und nicht wie ursprünglich angenommen nur um 4 vH — über dem Stand des Vorjahres. Der absolute Mehrbetrag der Gebietskörperschaften von 8 Mrd. DM gegenüber dem Schätzwert verteilte sich recht unterschiedlich auf die Haushaltsebenen (in Mrd. DM):

Bund	4,2
Länder	3,4
Gemeinden	0,5.

Bund und Länder verwendeten die zusätzlichen Mittel zur Verringerung der ursprünglich geplanten Defizite. Da auch der in den Haushaltsansätzen abgesteckte Ausgaberahmen für das Jahr 1978 nicht

voll ausgeschöpft wurde, ist — rein quantitativ betrachtet — der expansive Impuls des Staates¹ gegenüber den Planungen um die Hälfte niedriger ausgefallen. Daraus kann aber nicht gefolgert werden, daß der Staat zu wenig zur konjunkturellen Belebung beigetragen hätte. Im Hinblick auf die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit wäre es indes verfrüht, auf weitere staatliche Nachfrageimpulse zu verzichten.

Zur Stützung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung hat die Bundesregierung im Herbst 1978 ein neues Maßnahmenbündel beschlossen, das abermals hauptsächlich auf der Einnahmenseite ansetzt.

¹ Als Nachfrageimpuls wird die absolute Differenz der staatlichen Käufe gegenüber dem Vorjahr, die jeweils um den Übertragungssaldo vermindert sind, definiert. Der Übertragungssaldo ist gleich dem Unterschiedsbetrag zwischen empfangenen Übertragungen einschließlich Erwerbseinkommen und geleisteten Übertragungen einschließlich Zinsen. Vgl. hierzu: Öffentliche Haushalte 1978/79: Handlungsspielraum nur unzureichend genutzt. Bearb.: D. Teichmann und D. Vesper. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 36/1978.

Entwicklung und Vorausschätzung des Steueraufkommens in der Bundesrepublik Deutschland 1976 bis 1979

	Steueraufkommen in Mrd. DM				Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH		
	1976	1977	1978 ¹⁾	1979 ²⁾	1977	1978 ¹⁾	1979 ²⁾
Gemeinschaftliche Steuern	184,08	209,17	225,90	241,0	13,6	8,0	6,5
Lohnsteuer	80,61	90,77	92,01	95,5	12,6	1,4	4,0
Veranlagte Einkommensteuer	30,86	35,51	37,43	37,5	15,1	5,4	0,0
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	2,31	3,38	3,37	3,5	46,2	- 0,4	4,0
Körperschaftsteuer	11,84	16,83	19,82	21,5	42,3	17,8	8,5
Steuern vom Umsatz	58,46	62,68	73,27	83,0	7,2	16,9	13,5
Bundessteuern	39,27	40,78	42,93	45,1	3,8	5,3	5,0
Zölle	3,72	3,74	3,68	3,8	0,5	- 1,8	3,5
Tabaksteuer	9,38	9,80	10,45	10,7	4,5	6,7	2,5
Branntweinmonopol	3,37	3,75	3,92	4,1	11,3	4,7	4,5
Mineralölsteuer	18,12	19,18	20,46	21,7	5,8	6,7	6,0
Sonstige Bundessteuern	4,68	4,31	4,42	4,8	- 7,9	2,6	7,5
Ländersteuern	13,79	14,98	15,03	15,7	8,6	0,3	4,5
Vermögensteuer	3,92	5,00	4,52	4,0	27,5	- 9,4	-11,5
Kraftfahrzeugsteuer	5,63	5,93	6,28	7,2	5,3	6,0	14,5
Biersteuer	1,32	1,29	1,26	1,3	- 2,2	- 2,3	3,0
Sonstige Ländersteuern	2,92	2,76	2,97	3,2	- 5,5	7,6	8,5
Gemeindesteuern	29,61	33,17	34,14	35,9	12,0	3,0	5,0
Gewerbesteuer	20,11	23,03	23,83	25,2	14,5	3,5	5,5
Lohnsummensteuer	3,22	3,45	3,32	3,4	7,1	- 3,8	2,5
Grundsteuern	4,80	5,29	5,47	5,7	10,2	3,4	4,0
Sonstige Gemeindesteuern	1,48	1,40	1,52	1,6	- 5,4	8,5	6,5
Lastenausgleichsabgaben	1,32	1,34	0,89	0,3	1,5	-33,6	-66,6
Steuereinnahmen insgesamt	268,07	299,44	318,90	338,0	11,7	6,5	6,0
dar.: 3) 4)							
Bund 3) 4)	130,91	144,00	154,08	164,0	10,0	7,0	6,5
Länder 4)	91,46	104,13	111,58	118,2	13,9	7,1	6,0
Gemeinden 5)	37,91	42,11	43,51	45,3	11,1	3,3	4,0
Bruttosozialprodukt	1 121,7	1 193,7	1 282,6	1 382,0	6,4	7,4	7,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme (einschl. Beamtenpensionen)	538,0	576,2	609,8	649,7	7,1	5,8	6,5
Steuerquote in vH ⁶⁾	23,9	25,1	24,9	24,4	.	.	.

1) Vorläufiges Ist-Ergebnis; - 2) Schätzung; - 3) Ohne EG-Anteile Zölle und Steuern vom Umsatz; - 4) Um 1,5 vH-Punkte der Steuern vom Umsatz für Ergänzungszuweisungen an die Länder beim Bund gekürzt bzw. bei den Ländern erhöht; - 5) Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten; - 6) Steuereinnahmen in vH des Bruttosozialprodukts.

Kernstück des neuen Steuerpakets sind Entlastungen im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer ab 1. 1. 1979, die für den Staatshaushalt im laufenden Jahr schätzungsweise 10 Mrd. DM an Steuerausfällen bedeuten. Der größte Teil davon (9,5 Mrd. DM) entfällt auf die Erhöhung der Grundfreibeträge von 3 300/6 600 DM auf 3 690/7 380 DM für Ledige/Verheiratete und die Beseitigung des Tarifsprungs beim Übergang von der Proportional- in die Progressionszone. Da gleichzeitig eine Anhebung der Mehrwertsteuersätze ab 1. 7. 1979 beschlossen wurde (Mehreinnahmen 2,5 Mrd. DM), reduziert sich der Steuerausfall auf 7,5 Mrd. DM.

Die hier vorgelegte Prognose des Steueraufkommens für das Jahr 1979 basiert auf den gesamtwirtschaftlichen Eckdaten der Jahreszielprojektion der

Bundesregierung. Hiernach ist 1979 mit einem ähnlichen Anstieg des nominalen Sozialprodukts wie im Vorjahr (7,5 vH) zu rechnen; die Steigerungsrate für die Bruttolohn- und -gehaltsumme wird auf 6,5 vH veranschlagt. Auf dieser Basis errechnete der „Arbeitskreis Steuerschätzungen“ eine Zunahme der Steuereinnahmen von 8,5 vH; nach Abzug der in diesem Jahr wirksam werdenden Steuerentlastungen verbleibt ein Plus von 6 vH.

Von den steuerlichen Maßnahmen des Staates haben insbesondere die Lohnsteuerzahler profitiert. Bei der Lohnsteuer wurde die progressionsbedingte Dynamik kurzfristig abermals erheblich entschärft; das Aufkommen erhöhte sich 1978 nur wenig (1,5 vH). Eliminiert man die Auswirkungen der Steuerrechtsänderungen, dann wird die nach wie

vor ungebrochene Progressionswirkung sichtbar: Bei gleicher Lohnentwicklung hätte die Lohnsteuer fast doppelt so rasch expandiert wie die Brutto Lohn- und -gehaltssumme. Die Steuerreformen brachten somit eine vorübergehende Senkung der Lohnsteuerquote, die systemimmanente Progression der Lohnsteuer wurde jedoch nicht beseitigt. Erst die Dynamisierung des Steuertarifs würde eine Änderung auf Dauer bringen.

Mit dem Steueränderungsgesetz 1979 wird eine lange erhobene Forderung in der Steuerdiskussion erfüllt: die Beseitigung des Tarifsprungs beim Übergang von der Proportional- zur Progressionsbesteuerung. Durch diese Maßnahmen und durch die Erhöhung von Freibeträgen werden die Lohnsteuerzahler nochmals um 8 Mrd. DM entlastet. Das Lohnsteueraufkommen 1979 dürfte daher nur um 4 vH über dem Vorjahr liegen. Die Lohnsteuerquote wird weiter leicht abnehmen (14,5 vH) und damit nur wenig höher sein als im Steuerreformjahr 1975.

Bei der veranlagten Einkommensteuer wurde 1978 das Aufkommen durch Steuerrechtsänderungen etwa um 1 Mrd. DM gemindert. Ferner wurde mit Ausfällen — etwa 2,5 Mrd. DM — aufgrund der Körperschaftsteuerreform gerechnet. Dennoch fiel der Anstieg im vergangenen Jahr stärker aus als erwartet (5,5 vH). Seit 1977 haben die Steuerzahler die Möglichkeit, ihre auf ausgeschüttete Dividenden gezahlten Steuern mit der Einkommensteuerschuld zu verrechnen. Allerdings haben die Steuerpflichtigen 1978 kaum davon Gebrauch gemacht. Die aus der Einkommensteuer gezahlten Investitionszulagen haben sich stark rückläufig entwickelt (– 60 vH), während die geleisteten Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer kräftig expandierten (+ 18 vH). Alle genannten Sonderfaktoren haben sich in ihren Wirkungen auf das kassenmäßige Aufkommen weitgehend kompensiert.

Im laufenden Jahr werden die aufkommensmindernden Einflüsse voraussichtlich höher sein als im Vorjahr. Es ist zu vermuten, daß die Steuerpflichtigen nunmehr in verstärktem Umfang die Möglichkeit der Anrechnung von gezahlten Steuern auf Dividenden ausschöpfen werden. Die Entlastungswirkungen des Steueränderungsgesetzes 1977 und des Gesetzes zur Steuerentlastung und Investitionsförderung schlagen wegen des zum Teil erheblichen Veranlagungs-Lags erst in diesem Jahr voll zu Buche. Soweit im laufenden Jahr Vorauszahlungen neu festgesetzt werden, wirkt sich auch das Steueränderungsgesetz 1979 bei der veranlagten Einkommensteuer aus. Das Aufkommen wird deshalb nahezu stagnieren.

Das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer hat sich nach dem starken Anstieg im

Jahre 1977 (42 vH), der durch die Körperschaftsteuerreform bedingt war, auch im vergangenen Jahr überraschend stark erhöht (18 vH). Dabei war die Entwicklung im Jahresverlauf recht unterschiedlich. In den ersten sechs Monaten konnten die Finanzämter um ein Viertel höhere Einnahmen verzeichnen. Dieser Anstieg war allerdings nicht allein Ausdruck der günstigen Gewinnsituation, sondern wurde zu einem erheblichen Teil durch den starken Rückgang der Investitionszulagen verursacht. Für die zweite Jahreshälfte war erwartet worden, daß sich die mäßige Gewinnentwicklung des Jahres 1977 in einer Abschwächung der Vorauszahlungen und in einer Verringerung der Abschlußzahlungen bemerkbar machen würde. Tatsächlich haben die Unternehmen ihre Vorauszahlungen der aktuellen Gewinnentwicklung in größerem Umfang angepaßt; die Steuereinnahmen erhöhten sich in der zweiten Jahreshälfte um reichlich 10 vH. Brutto, d. h. vor Abzug der Investitionszulage, ergab sich für das ganze Jahr 1978 ein Plus von 8 vH. Die tatsächlichen Einnahmen übertrafen die Planansätze um fast 2,5 Mrd. DM.

In der Prognose für das Jahr 1979 wird unterstellt, daß Heraufsetzungen der Vorauszahlungen entsprechend der aktuellen Gewinnentwicklung vorgenommen werden; dagegen dürfte sich der Anstieg bei den Abschlußzahlungen für vorangegangene Veranlagungsjahre deutlich abschwächen. Da die Investitionszulagen in diesem Jahr kaum noch ins Gewicht fallen, wird die Zunahme der Kasseneinnahmen um die Hälfte niedriger veranschlagt (8,5 vH).

Die Entwicklung der Steuern vom Umsatz wurde 1978 hauptsächlich durch die Heraufsetzung der Mehrwertsteuersätze ab 1. 1. 1978 geprägt. Zum Jahresende 1977 kam es zu vorgezogenen Käufen und verstärkter Abrechnung von Teilleistungen, die in den ersten beiden Monaten des Jahres 1978 kassenwirksam wurden und zu hohen Mehreinnahmen führten. Der Anstieg des Aufkommens entsprach 1978 mit 17 vH nahezu den Planansätzen. Bereinigt um die steuerrechtsbedingten Mehreinnahmen (5,5 Mrd. DM) zeigt sich, daß die Steuern vom Umsatz in etwa mit der Rate des nominalen Sozialprodukts zugenommen haben. Dabei blieb der Anstieg der Einfuhrumsatzsteuer (14 vH) deutlich hinter der Zunahme der Umsatzsteuer (18,5 vH) zurück.

Zur Jahresmitte 1979 ist eine weitere Anhebung der Umsatzsteuersätze — von 12 bzw. 6 vH auf 13 bzw. 6,5 vH — vorgesehen. Die hieraus resultierenden Mehreinnahmen werden auf 2,5 Mrd. DM beziffert. Insgesamt wird angenommen, daß sich die Steuern vom Umsatz auch 1979 etwa parallel zum nominalen Bruttosozialprodukt entwickeln. Unter Berücksichtigung der Steuererhöhung errechnet sich eine Steigerungsrate von 13,5 vH.

Der überdurchschnittliche Anstieg der speziellen Verbrauchsteuern (5,5 vH) des Bundes wurde entscheidend durch die Entwicklung der aufkommensstarken Steuern auf Mineralöle, Tabak und Branntwein geprägt. In der Expansion der Mineralölsteuer (+ 6,7 vH) spiegelt sich die Belebung auf dem Automarkt, aber auch die Erhöhung des Steuersatzes für leichtes Heizöl ab 1. 8. 1978 wider. Die als Reaktion auf die Steuererhöhung 1977 zunächst geübte Zurückhaltung beim Kauf von Tabak- und Branntweinerzeugnissen hat nicht angehalten; dies kommt in den relativ hohen Steigerungsraten bei der Tabaksteuer (6,5 vH) und der Branntweinabgabe (4,5 vH) zum Ausdruck. Für 1979 wird mit einem schwächeren Wachstum des mengenmäßigen Verbrauchs der speziell besteuerten Güter gerechnet, so daß sich der Anstieg der Verbrauchsteuern auf 4,5 vH verringern wird.

Die Ländersteuern haben 1978 insbesondere wegen des Rückganges bei der Vermögensteuer (– 9,5 vH) nahezu stagniert, hauptsächlich eine Folge der Vermögensteuersenkung im Rahmen des Steueränderungsgesetzes 1977. Im laufenden Jahr werden sich die aufkommensmindernden Einflüsse bei der Vermögensteuer noch verstärken (– 11,5 vH). Dennoch ist mit einem Anstieg der Ländersteuern zu rechnen (4,5 vH), da bei der Kraftfahrzeugsteuer wegen der Umstellung auf die jährliche Zahlungsweise ab 1. Juni 1979 einmalige Mehreinnahmen von rund 1 Mrd. DM anfallen.

Die Entwicklung bei den Gemeindesteuern hat sich 1978 erheblich abgeschwächt (3 vH; 1977: 12). Erwartungsgemäß haben sich hier die Steuersenkungen bei der Gewerbe- und Lohnsummensteuer von insgesamt 1 Mrd. DM niedergeschlagen. Die jüngsten Steuerbeschlüsse der Bundesregierung sehen erhebliche Eingriffe in die Finanzstruktur der Gemeinden vor, die im laufenden Jahr aber noch keine finanziellen Auswirkungen haben. Da die Beseitigung der Lohnsummensteuer und die Heraufsetzung von Freibeträgen bei der Gewerbesteuer erst 1980 bzw. 1981 wirksam werden, dürften die Gemeindesteuern im laufenden Jahr um 5 vH expandieren.

Ausblick

Nach der Schätzung des „Arbeitskreises Steuer-schätzungen“ werden die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden 1979 als Folge der

neuerlichen Steuerentlastungen abermals deutlich hinter der Expansionsrate des nominalen Brutto-sozialprodukts zurückbleiben. Während sich die Kasseneinnahmen von Bund und Ländern mit 6,5 bzw. 6 vH annähernd parallel entwickeln, dürfte die Zunahme bei den Gemeinden wie im vergangenen Jahr deutlich schwächer sein (+ 4 vH).

Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote — Steuer-aufkommen in vH des nominalen Bruttosozialpro-dukts — hatte 1977 die Schwelle von 25 vH über-schritten. Danach ist sie aufgrund der steuerrecht-lichen Änderungen wieder etwas gesunken und wird 1979 schätzungsweise 24,4 vH betragen.

In diesem Jahr setzt die Finanzpolitik zur Errei-chung eines befriedigenden Wirtschaftswachstums primär auf steuerliche Erleichterungen. Diese Maß-nahmen zielen auf eine Erhöhung der verfügbaren Einkommen und damit auf eine weitere Stärkung der privaten Nachfrage. Wenn auch die Rahmen-bedingungen für eine Fortsetzung des konjunkturel-len Aufschwungs als günstig anzusehen sind, wäre es sicher eine verfehlte Politik, wenn der Staat seine Aktivitäten auf der Ausgabenseite einschränken würde, denn wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspoli-tik bleibt die Wiedergewinnung der Vollbeschäfti-gung. Bisher fehlt die Absicherung auf der Aus-gabenseite: Von den staatlichen Käufen von Gütern und Diensten gehen im Vergleich zu 1978 geringere expansive Impulse aus, da insbesondere die Wir-kungen aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm nach-lassen. Risiken für eine beschäftigungsorientierte Politik bestehen auch bei den Gemeinden als Hauptinvestor der öffentlichen Hand. Sie könnten als Reaktion auf den für 1980 geplanten Abbau der Lohnsummensteuer bereits in diesem Jahr mit Spar-maßnahmen im Investitionsbereich reagieren.

Die mittelfristigen Haushaltsplanungen von Bund, Ländern und Gemeinden lassen deutlich erkennen, daß sie die Steuerausfälle der vergangenen Jahre von 1980 an mit einer spürbaren Drosselung der Ausgabenzuwächse auffangen wollen. Eine solche Politik könnte nur erfolgreich sein, wenn die private Nachfrage rasch genug expandierte, um diesen restriktiven Effekt des Staates zu überspielen. Da dies aber keineswegs sicher ist, bleibt mittelfristig eine ausgabeorientierte Strategie notwendig, die die Absatzchancen und das Vertrauen der Investoren stärkt.

Exporte auf flachem Wachstumspfad

Zur Außenhandelsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland im vierten Quartal 1978

Die reale Warenausfuhr der Bundesrepublik Deutschland hat im vierten Quartal beschleunigt zugenommen. Von Saisoneinflüssen und Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt errechnet sich gegenüber dem Vorquartal ein Zuwachs von 3,5 vH. Allerdings ist diese kräftige Erhöhung vor dem Hintergrund der verhaltenen Entwicklung in den Sommermonaten zu sehen; im Durchschnitt des dritten Quartals war die Ausfuhr kaum höher als im vorangegangenen Vierteljahr. Wahrscheinlich sind unterbliebene Lieferungen im Berichtszeitraum nachgeholt worden. Dafür spricht insbesondere der sprunghaft gestiegene Export des Straßenfahrzeugbaus

und der Eisen- und Stahlindustrie. Die Grundtendenz der Exportexpansion dürfte durch die Entwicklung im vierten Quartal also stark überzeichnet sein.

Die reale Wareneinfuhr erhöhte sich nach dem leichten Rückgang im dritten Quartal mit 6 vH noch rascher als die Ausfuhr. Dazu haben neben der Produktionsausweitung im Inland auch Sondereinflüsse, so die gegenüber dem Vorquartal vermehrten Bezüge von Erdöl und Erdölprodukten, beigetragen.

Der Überschuß im Warenverkehr hat sich verringert, in preisbereinigter Rechnung noch kräftiger als zu jeweiligen Preisen; dies erklärt sich aus der

Außenbeitrag und Leistungsbilanzsaldo der Bundesrepublik Deutschland*

Jahr Halbjahr Vierteljahr	A u s f u h r 1)			E i n f u h r 1)			Außen- beitrag 2)	Ober- tragun- gen 3)	Lei- stungs- bilanz- saldo 4)	Nachr.: Terms of Trade 5)		
	Insgesamt		Waren	Dienste	Insgesamt						Waren	Dienste
	Mrd.DM	Veränd. in vH 6)	Mrd.DM		Mrd.DM	Veränd. in vH 6)					Mrd. DM	
	Zu jeweiligen Preisen											
1976	311,8	14,4	252,7	59,1	282,2	16,3	213,2	69,0	29,6	-20,3	9,3	97,1
1977	329,3	5,6	268,5	60,8	300,7	6,5	224,8	75,9	28,6	-20,7	7,9	97,2
1978	347,0	5,4	279,2	67,8	312,3	3,9	233,1	79,2	34,7	-19,6	15,1	100,6
1977 1.Hj.	160,1	7,3	132,0	28,1	146,1	8,8	111,7	34,4	14,0	-10,1	3,9	96,2
2.Hj.	169,2	4,1	136,5	32,7	154,6	4,4	113,1	41,5	14,6	-10,6	4,0	98,0
1978 1.Hj.	168,2	5,0	136,5	31,7	149,9	2,6	114,4	35,5	18,3	-11,7	6,6	100,1
2.Hj.	178,8	5,7	142,7	36,1	162,4	5,0	118,7	43,7	16,4	-7,9	8,5	101,0
1977 I	78,2	7,7	65,3	12,9	71,6	10,4	54,9	16,7	6,6	-4,7	1,9	96,2
II	81,9	6,8	66,7	15,2	74,5	7,2	56,6	17,7	7,4	-5,4	2,0	96,3
III	80,8	2,9	64,2	16,6	79,8	7,5	55,2	24,6	1,0	-5,6	-4,6	97,8
IV	88,4	5,1	72,3	16,1	74,8	1,3	57,9	16,9	13,6	-5,0	8,6	98,3
1978 I	81,8	4,6	66,0	15,8	72,9	1,8	55,7	17,2	8,9	-6,0	2,9	99,4
II	86,4	5,5	70,5	15,9	77,0	3,4	58,7	18,3	9,4	-5,7	3,7	100,7
III	84,5	4,6	67,1	17,4	81,6	2,3	56,4	25,2	2,9	-4,7	-1,8	100,2
IV	94,3	6,7	75,6	18,7	80,8	8,0	62,3	18,5	13,5	-3,2	10,3	101,9
	Zu Preisen von 1970											
1976	225,1	11,5	183,9	41,2	197,8	11,1	149,8	48,0	27,3			
1977	234,0	4,0	193,3	40,7	207,6	4,9	156,7	50,9	26,4			
1978	244,2	4,4	200,2	44,0	221,0	6,4	170,0	51,0	23,2			
1977 1.Hj.	114,2	5,3	95,1	19,1	100,3	5,6	76,9	23,4	13,9			
2.Hj.	119,8	2,7	98,2	21,6	107,3	4,4	79,8	27,5	12,5			
1978 1.Hj.	119,1	4,3	98,3	20,8	106,2	5,9	83,0	23,2	12,9			
2.Hj.	125,1	4,4	101,9	23,2	114,8	7,0	87,0	27,8	10,3			
1977 I	56,2	5,7	47,5	8,7	49,5	7,1	37,9	11,6	6,7			
II	58,0	4,8	47,6	10,4	50,8	4,2	39,0	11,8	7,2			
III	57,3	2,2	46,0	11,3	55,3	7,9	38,7	16,6	2,0			
IV	62,5	3,4	52,2	10,3	52,0	0,8	41,1	10,9	10,5			
1978 I	58,1	3,4	47,5	10,6	51,4	3,8	40,2	11,2	6,7			
II	61,0	5,2	50,8	10,2	54,8	7,9	42,8	12,0	6,2			
III	59,2	3,3	48,1	11,1	57,3	3,6	40,9	16,4	1,9			
IV	65,9	5,4	53,8	12,1	57,5	10,6	46,1	11,4	8,4			

*Berechnung unter Berücksichtigung der vom Statistischen Bundesamt im März 1979 revidierten Daten der Jahre 1976 bis 1978.

1) In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.- 2) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.-

3) Saldo zwischen Einnahmen und Ausgaben.- 4) Außenbeitrag abzüglich Saldo der Übertragungen.-

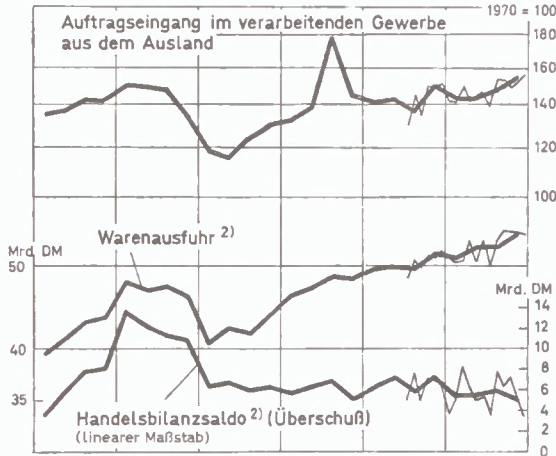
5) Ausführpreise in vH der Einfuhrpreise; Basisjahr 1970 = 100.- 6) Gegenüber der Vorjahrszeit.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des DIW.

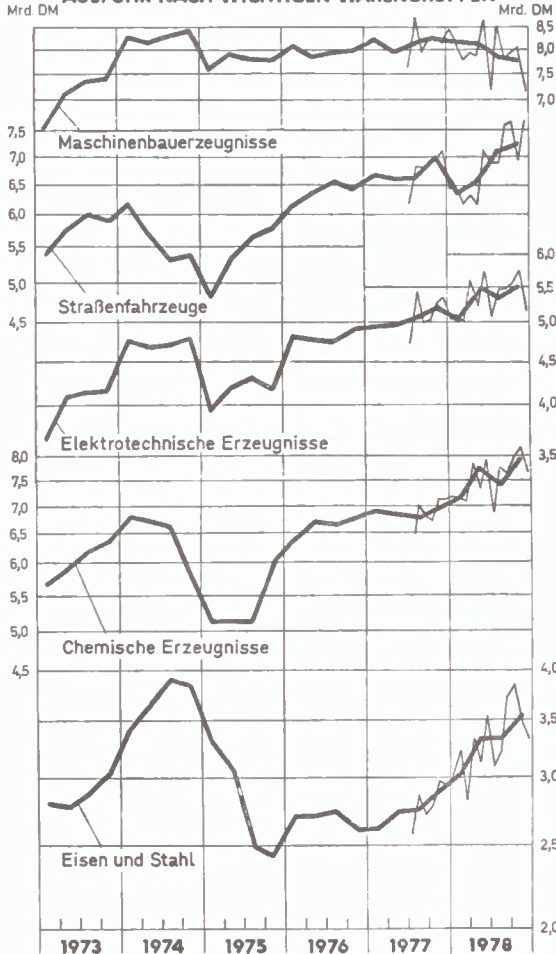
ZUR AUSFUHRENTWICKLUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

saison- und preisbereinigte Werte ¹⁾

— Vierteljahreswerte — Monatswerte
logarithmischer Maßstab



AUSFUHR NACH WICHTIGEN WARENGRUPPEN ³⁾



¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren. — ²⁾ Spezialhandel, in Preisen von 1970. Zusätzlich arbeitstägig bereinigt. — ³⁾ Spezialhandel (Industriestatistik), in Preisen von 1970. Anteil der Warengruppen an der gesamten Ausfuhr im Jahre 1977 59 vH.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

DIW 78

erneuten Verbesserung der Terms of Trade. Die traditionellen Defizite der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz sind saisonbereinigt deutlich unter den Werten des Vorquartals geblieben. Bemerkenswert ist, daß aufgrund höherer Erstattungen aus dem EG-Agrarfonds auch das Defizit der Übertragungsbilanz zurückging; es lag um knapp 2 Mrd. DM unter dem entsprechenden Vorjahrswert. Der Überschuß der Leistungsbilanz — in dem die Salden des Waren- und Dienstleistungsverkehrs sowie der unentgeltlichen Leistungen (Übertragungen) zusammengefaßt sind — hat sich daher im Berichtsquartal trotz des verringerten Exportüberschusses im Warenverkehr kräftig erhöht.

Anhaltende Stagnation der Exporte von Investitionsgütern

Das Ausfuhrvolumen bei den Investitionsgütern hat auch im Berichtsquartal stagniert. Es war, wie schon in den ersten drei Quartalen des Jahres 1978, sogar niedriger als Ende 1977. Maschinenbauerzeugnisse sind abermals in geringerem Umfang als im Vorquartal exportiert worden. Der Anteil dieser Branche am gesamten Exportvolumen ist von 15,8 vH zu Anfang 1978 auf 14,5 vH im Berichtsquartal gesunken. Die Lieferungen von Büromaschinen haben trotz einer deutlichen Erholung gegenüber der rückläufigen Entwicklung in den Sommermonaten nicht den Anschluß an das Exportniveau im ersten Halbjahr gefunden. Die Ausfuhr von Erzeugnissen der elektrotechnischen Industrie hat preis- und saisonbereinigt nur leicht zugenommen. Hier erstreckt sich die Exportschwäche nicht nur auf die Investitionsgüter, sondern auch auf die Verbrauchsgüter. Damit erklärt sich zugleich, warum im Berichtsquartal nur ein geringer Anstieg der gesamten Verbrauchsgüterexporte zu verzeichnen ist. Ebenfalls schwach war die Zunahme der Ausfuhr von Kleinwagen, die zu den Verbrauchsgütern gerechnet werden. Die erneut kräftige Zunahme der Gesamtausfuhr von Straßenfahrzeugen beruht auf der Entwicklung bei Personenkraftwagen über zwei Liter Hubraum und bei Lastkraftwagen. Ein deutliches Wachstum kennzeichnete die Auslandslieferungen der chemischen Industrie sowie der Eisen- und Stahlproduzenten. Damit haben die Exporte der Grundstoffindustrien wiederum überdurchschnittlich zugenommen. Der unterschiedliche Erfolg der großen Exportbranchen hat dazu geführt, daß die chemische Industrie und der Straßenfahrzeugbau im Berichtsquartal mit Anteilen von jeweils rund 14 vH am gesamten Exportvolumen annähernd ebenso bedeutend gewesen sind wie der Maschinenbau.

Anstieg der Exporte in die EG-Länder . . .

Der kräftige Anstieg des Gesamtexports im Berichtsquartal war vor allem durch die Zunahme der Lieferungen in die EG-Länder bedingt; vier Fünftel

des gesamten Exportzuwachses entfielen auf diese Ländergruppe, die rund die Hälfte der deutschen Exporte aufnimmt. Die Ausfuhren in die übrigen Länder waren dagegen insgesamt nur wenig höher als im Vorquartal.

Die detaillierte regionale Unterteilung — für die keine preisbereinigten Daten veröffentlicht werden — zeigt, daß die Ausfuhren nach Frankreich und Belgien-Luxemburg besonders stark zunahmen. Etwas schwächer expandierten die Ausfuhren nach Italien, Großbritannien und Dänemark. Die Lieferungen in die Niederlande konnten wegen der dort herrschenden vergleichsweise ungünstigen konjunkturellen Situation nach den Sommermonaten kaum ausgeweitet werden.

Die Exporte in die übrigen westeuropäischen Industrieländer (Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz) stagnieren, von geringen Schwankungen abgesehen, seit Frühjahr 1978. Von der Jahresmitte 1978 an sind auch die Ausfuhren in die USA nicht mehr gestiegen. Die anhaltende Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar dürfte sich hier bremsend ausgewirkt haben.

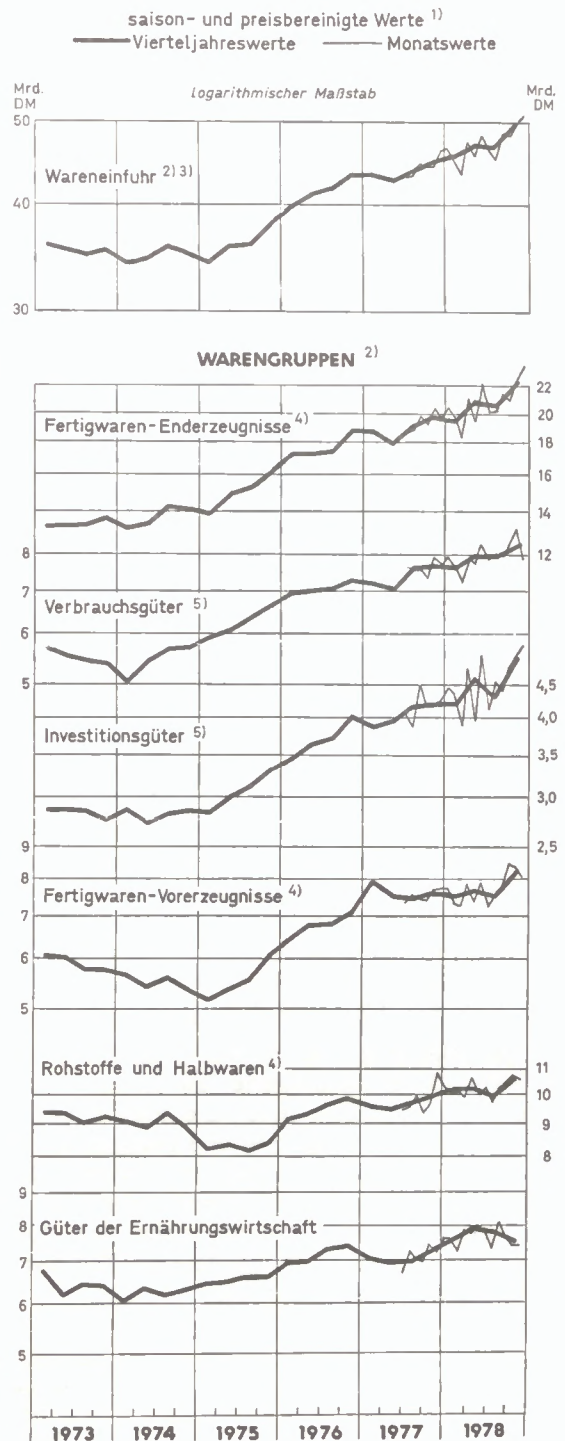
Die Lieferungen in die OPEC-Länder sind im Berichtsquartal saisonbereinigt deutlich niedriger als im Vorquartal gewesen. Im ganzen hat sich damit die schon seit der Jahresmitte 1977 zu beobachtende Stagnation der Ausfuhr in diese Ländergruppe fortgesetzt. Kaum anders war die Entwicklung der Warenausfuhr in die anderen außereuropäischen Entwicklungsländer. Die Ausfuhren in die Staatshandelsländer lassen dagegen seit der Jahresmitte 1977 eine leichte Aufwärtsentwicklung erkennen, die auch im Berichtsquartal andauerte. Bestimmend dafür waren vermehrte Lieferungen in die Sowjetunion und die VR China.

... bei langsamem Wachstumstempo der Importe aus dieser Ländergruppe

Die Einfuhr aus den EG-Ländern hat nach dem leichten Rückgang in den Sommermonaten wieder zugenommen, allerdings nicht so stark wie die gesamte Einfuhr. Dabei war das Wachstumstempo der Bezüge aus den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich: Die Einfuhren aus den Niederlanden, Frankreich und Dänemark sind kaum höher gewesen als im dritten Quartal; Italien, Großbritannien und Belgien-Luxemburg — Länder, die auch bei der Entwicklung des Exports im Berichtsquartal zur Spitzengruppe gehörten — konnten ihre Lieferungen in die Bundesrepublik dagegen deutlich ausweiten.

Die Einfuhren aus Schweden, Österreich und der Schweiz haben ebenfalls kräftig expandiert; ebenso die aus Japan und den USA. Zu dieser Entwicklung dürfte die wachsende Nachfrage in der Bundesrepublik nach Investitionsgütern, bei Schweden und Japan auch die nach Kraftfahrzeugen, beigetragen

ZUR EINFUHRENTWICKLUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren. — 2) Spezialhandel. — 3) In Preisen von 1970. Zusätzlich arbeitstäglich bereinigt. — 4) Gegliedert nach dem Verarbeitungsgrad. — 5) Nach ihrer überwiegenden Verwendungsart ausgewählte und abgegrenzte Waren; hauptsächlich Fertigwaren-End-erzeugnisse.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

haben. Nur leicht zugenommen haben die Bezüge aus den OPEC-Ländern und den Staatshandelsländern. Die außereuropäischen Entwicklungsländer haben im Berichtsquartal erneut weniger Waren in die Bundesrepublik geliefert als im Vorquartal; seit Ende 1976 ist keine Ausweitung der nominalen Einfuhren aus dieser Ländergruppe mehr zu verzeichnen gewesen.

Konjunkturbedingt kräftige Zunahme der Einfuhr von Investitionsgütern

Beschleunigt gestiegen sind im vierten Quartal preis- und saisonbereinigt die Importe von Fertigwaren-Enderzeugnissen. Besonders rasch expandierten die Bezüge von Investitionsgütern; der Anstieg gegenüber dem dritten Quartal war reichlich doppelt so hoch wie der der Gesamteinfuhr. Vor allem haben sich bei Erzeugnissen des Maschinenbaus, dessen Exporte rückläufig waren, die Bezüge erhöht¹. Bei Büromaschinen setzte sich das zügige Einfuhrtempo fort.

Weit überdurchschnittlich nahm auch die Einfuhr von industriellen Vorprodukten zu. Dafür dürfte weniger der laufende Bedarf im verarbeitenden Gewerbe bestimmend gewesen sein als eine Lageraufstockung angesichts der bevorstehenden Verteuerung bei Erdöl und Erdölprodukten. So hat sich das Einfuhrvolumen von Erdöl, das seit Jahresbeginn nahezu unverändert geblieben war, im Berichtsquartal gegenüber dem dritten Quartal saisonbereinigt um fast 7 vH erhöht. Noch stärker hat indes die Einfuhr von Kraftstoffen, Schmierölen und Erdgas zugenommen. Erhebliche Einfuhrsteigerungen gab es auch bei den Erzeugnissen der Eisen- und Stahlindustrie. Vermehrte Käufe im Zusammenhang mit dem Arbeitskampf in der Stahlindustrie der Bundesrepublik dürften hier eine Rolle gespielt haben.

Im Berichtsquartal war ein Rückgang der DM-Einfuhrpreise (Durchschnittswerte) zu verzeichnen. Er wurde im wesentlichen durch die Entwicklung bei Rohstoffen, Ernährungsgütern und Fertigwaren-Enderzeugnissen geprägt. Die dadurch bewirkte Dämpfung des Preisauftriebs im Inland ergab sich bei wieder anziehenden Weltmarktpreisen (auf Dollar-Basis) für industrielle Rohstoffe und Fertigwaren aus der Aufwertung der D-Mark.

Ausblick

Der Auftragseingang aus dem Ausland hat sich preis- und saisonbereinigt im Zeitraum November 1978 bis Januar 1979 gegenüber dem vorangegangenen Vierteljahr verstärkt². Vor allem das Investitionsgütergewerbe ist durch steigende Bestellungen des Auslands begünstigt worden. Zu dieser Entwicklung dürften hauptsächlich Nachfrageimpulse aus den westeuropäischen Industrieländern beigetragen haben.

Für das erste Quartal 1979 ist indes damit zu rechnen, daß sich die Exportzunahme mit nur mäßigem Tempo fortsetzt. Sondereinflüsse, wie die politischen Unruhen im Iran, bremsen den Export; infolge der Arbeitskämpfe in Großbritannien sowie in der deutschen Stahlindustrie sind die entsprechenden Ausfuhren im Januar — den zuletzt verfügbaren Daten zufolge — erheblich geschrumpft. Positive Wirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Exporte werden aber von der Beruhigung auf den Devisenmärkten, insbesondere im Zusammenhang mit der Einführung des Europäischen Währungssystems, ausgehen. Außerdem könnten die wieder höheren Einnahmen der Erdöl fördernden Länder bessere Absatzchancen vor allem für die Exporteure von Investitionsgütern eröffnen.

Die Wareneinfuhr ist im Januar 1979 weiter zügig gestiegen. Dazu haben im wesentlichen die — auch wegen des ungewöhnlich harten Winters — erhöhten Bezüge von Erdöl und Mineralölprodukten beigetragen. Dagegen dürfte die Importnachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern zunächst weniger rasch steigen als gegen Jahresende 1978. Insgesamt wird die reale Einfuhr im ersten Quartal 1979 indes wiederum kräftig und stärker zunehmen als die Ausfuhr, so daß der Exportüberschuß gegenüber dem Vorquartal abermals zurückgeht.

¹ In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß der Absatz des deutschen Maschinenbaus im Inland günstiger verlief als im Ausland. Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz ist von 46,2 vH im vierten Quartal 1977 auf 41,3 vH im Berichtsquartal zurückgegangen.

² Diese Tendenz dürfte auch bei Berücksichtigung der Verzerrung der Daten durch Großaufträge im Dezember 1978 sowie negativer Sondereinflüsse im Januar 1979 (Stahlstreik, extremes Winterwetter) erhalten bleiben.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König †

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Gesamtwirtschaftliche Steuerquote abermals rückläufig bearbeitet von Dieter Teichmann. —
Exporte auf flachem Wachstumspfad bearbeitet von Herbert Lahmann.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit
Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.

Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

Dr. rer. pol. Karl König

ist am 14. März 1979 im 69. Lebensjahr plötzlich und unerwartet gestorben.

Karl König kam 1930 als Student der Volkswirtschaftslehre nach Berlin. Seine politische Überzeugung und seine Unbeugsamkeit wurden ausschlaggebend für seinen weiteren Lebensweg: Als entschiedener Gegner des NS-Regimes verbüßte er eine dreijährige Zuchthausstrafe und wurde später in das Strafbataillon 999 eingezogen. Erst nach fünfjähriger sowjetischer Kriegsgefangenschaft konnte er 1950 sein Studium der Volkswirtschaftslehre beenden.

Als Vorstandssekretär der BEWAG und später als Erster Geschäftsleiter der BVG begann er seine Arbeit für die Wirtschaft West-Berlins. Anschließend trug er zehn Jahre lang als Senator für Wirtschaft wesentlich zur Entwicklung der Stadt bei. Mit großer Kraft hat er sich in dieser Zeit der Ausweitung des Handels und der Kooperation mit der DDR und den östlichen Industrieländern gewidmet.

Von 1966 an war Karl König Mitglied des Vorstandes des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Schon damals hat er die Untersuchungen des Instituts über die Wirtschaft Berlins und den Ost-West-Handel gefördert und für die politische Arbeit nutzbar gemacht. Nach dem unerwarteten Tod von Klaus Dieter Arndt erklärte er sich bereit, dieses Haus als Präsident zu leiten. In den vier Jahren seiner Arbeit im Institut hat er schwierige finanzielle Probleme gelöst. Seine speziellen Erfahrungen kamen insbesondere den Arbeiten der Abteilungen „Berlin“ und „DDR und östliche Industrieländer“ zugute.

In zwei Wochen wollte er sein Amt als Präsident an seinen Nachfolger übergeben. Der Tod ereilte ihn in tätigem Leben, nach Gesprächen mit Politikern und Unternehmern auf der Leipziger Messe.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung dankt seinem langjährigen Vorstandsmitglied und Präsidenten Karl König für tatkräftige Unterstützung, kritische Anregung und engagierte Leitung.

**Das Kuratorium, der Vorstand,
die Mitarbeiter und die Freunde
des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung**